

# Verwaltung im Verband

Reformvorschlag der CDU stärkt den Einfluss der Kreise und kreisfreien Städte

**Schleswig – Die CDU hat es eilig. Nur drei Tage nach dem Beschluss der Landesregierung zur Entbürokratisierung legte die Union gestern einen Vorschlag zur Verwaltungsstruktur vor – und kam damit Innenminister Ralf Stegner zuvor.**

Von Bodo Stade

Die Aufgabenverteilung innerhalb der Regierung war klar: Entbürokratisierungs-Staatssekretär Klaus Schlie (CDU) sollte zuerst die Landesaufgaben benennen, die gestrichen oder an die kommunale Ebene abgegeben werden können. Innenminister Ralf Stegner (SPD) sollte dann ein Konzept für vier bis fünf Verwaltungsregionen entwickeln, die künftig diese

Aufgaben erledigen können.

Bevor es in der großen Koalition zum Schwur kommt, hat die CDU jetzt Stellung bezogen. Im Rahmen einer Klausurtagung in Schleswig einigte sich der erweiterte Landesvorstand gestern auf eine Reihe von Eckpunkten, die am Abend vom Landesvorsitzenden Peter Harry Carstensen und Klaus Schlie als Leiter der Arbeitsgruppe vorgestellt wurden.

Demnach sollen die neuen Verwaltungseinheiten als öffentlich-rechtliche Körperschaft organisiert werden. Die Personal- und Organisationshoheit haben die Kreise und kreisfreien Städte, die damit eindeutig gestärkt werden. Die Landräte und Oberbürgermeister als Verwaltungsspitzen sollen die kreisübergreifende Zusammenar-

beit organisieren. Im Klartext: Statt der Verwaltungsregionen könnten auf diese Weise Verwaltungsverbände entstehen, an deren Spitze Landräte und Oberbürgermeister stehen. Überdies sollen die neuen Verbände auch ein eigenes Budgetrecht erhalten.

Hintergrund der gestern vorgelegten „Diskussionsgrundlage“ sind die massiven Vorbehalte der Landräte gegen die geplante Reform. Sie befürchten, dass die Einrichtung von Verwaltungsregionen über kurz oder lang zur Bildung von Großkreisen führen könnte. Die CDU erneuert deshalb ihre Aussage: Eine Gebietsreform sei ausgeschlossen, heißt es in dem Papier, das auch keine Vorgaben für die Verteilung der Kreise auf die verschiedenen Verwaltungseinheiten macht. Auch

hier will die CDU der kommunalen Ebene freie Hand lassen. Wichtig sei allerdings, dass am Ende niemand ausgegrenzt werde. Kreise und kreisfreie Städte sollen eigene Vorstellungen entwickeln können, erklärte Carstensen. Nur durch eine „freiwillige und aktiv mitgestaltende Haltung“ der Kommunalvertreter könne dieses große Reformpaket erfolgreich umgesetzt werden.

Innenminister Stegner mochte die Vorschläge der CDU gestern im Einzelnen nicht kommentieren. Es sei aber zu begrüßen, wenn sich die Parteien am Diskussionsprozess beteiligen. In den nächsten Wochen sollen alle Vorschläge geprüft werden. Das Kabinett wird sich dann am 24. April mit Stegners Konzept beschäftigen.

KN, 28.01.06